



Gesperrt Ab 22. Februar ist der Feldkircher Schattenburgtunnel wieder nur in eine Richtung befahrbar. Der 1975 erbaute Tunnel gehört mit 23 000 Fahrzeugen täglich zu den meistbefahrenen Strassentunneln in Vorarlberg und muss saniert werden. In einer ersten Bauetappe wurden im Herbst Fahrbahnbelag und Entwässerung in Arbeit genommen. Ab dem 22. Februar beginnt die zweite Bauetappe, bei der Tunnelwand und Beleuchtung in Angriff genommen werden. Die Bauarbeiten sind jeweils auf eine Tunnelhälfte beschränkt. Der Verkehr von Frastanz Richtung Stadtmitte wird durch den Tunnel geführt. Der Pkw-Verkehr von der Bärenkreuzung Richtung Felsenau wird über die Marokkanergasse, die obere Neustadt und vom Rössleplatz bei dauernder Grünphase zurück in die L 190 geführt. Der Lkw-Verkehr in diese Richtung muss grossräumig ausweichen. Trotz aller Bemühungen um optimale Bauorganisation werden Behinderungen und Staus unvermeidlich sein. Vor allem in den Abendstunden – wenn der Berufsverkehr von Liechtenstein Richtung Walgau einsetzt. (red/pd)

Gastrobetriebe der Bergbahnen Malbun AG ab sofort rauchfrei



MALBUN – Auf vielseitigen Wunsch der Gäste und Kunden sowohl im Bergrestaurant Sareis als auch in der «Schlucher-Bar» bei der Talstation Täli-Hohegg führen die Bergbahnen Malbun AG ab sofort wieder Rauchverbot in allen Räumen ein. Aus Rücksicht auf Kinder, Jugendliche, Sportler und Nichtraucher soll in beiden Lokalen künftig auf das Rauchen verzichtet werden. Dies auch, um der Positionierung von Malbun als Familienskigebiet nachzukommen. (pd)

Zustimmung zum Zubringer

Die Vorteile überwiegen: Manfred Batliner setzt sich für den Industriezubringer ein

SCHAAN – Der Industriezubringer in Schaan ist ein zukunftsweisendes Projekt. Für den Landtagsabgeordneten Manfred Batliner (FBP) kann es deshalb bei der Abstimmung über den Bau der Entlastungsstrasse nur eine Entscheidung geben: Der Zubringer muss verwirklicht werden.

• Heinz Zöchbauer

«Volksblatt»: Das Liechtensteiner Volk stimmt am 12. und 14. März über die Verwirklichung des Industriezubringers Schaan ab. Wie wichtig ist dieses Projekt für unsere Wirtschaft?

Manfred Batliner: Es ist in meinen Augen ein wichtiges Zeichen für unsere Wirtschaft. Liechtenstein steht vor einem grossen Veränderungsprozess. Ein Einsteigen für die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Es braucht auch klare Signale. Der Industriezubringer ist ein solches deutliches Signal.

Muss man das geplante Projekt isoliert oder im Zusammenhang eines Liechtensteiner Verkehrskonzeptes sehen?

Ich werde nicht nur aus wirtschafts- und verkehrspolitischen Gründen zustimmen, sondern berücksichtige dabei die Siedlungspolitik von Schaanwald und Nendeln. Wenn der Industriezubringer abgelehnt wird, dann wird später der notwendige Mut und die Lösungsmotivation für die genannten Unterländer Gemeinden in dieser Generation nicht mehr aufgebracht werden. Für mich stehen die siedlungspolitischen Bedürfnisse der Einwohner im Vordergrund.

Worin sehen Sie die Vorteile dieses Projektes für den Arbeits- und Wirtschaftsplatz sowie für die Bevölkerung Liechtensteins?

Die Anbindung ist direkt und entlastend, was die Zufahrt, den Arbeitsplatz, die Benutzung der LBA und Schaaner Siedlungsgebiete attraktiver macht. Unsere Basis liegt in der Wirtschaft und ist Garant für die Einmaligkeit dieses Kleinstaates. Sie ermöglicht uns die Eigenstaatlichkeit und ist in Einklang zu Siedlung und Umwelt weiterzuentwickeln.

Die Befürworter des Industriezubringers werden nicht müde zu erwähnen, dass diese Verbindung zwischen der Feldkircher Strasse und der Benderer Strasse die Wohnquartiere massiv entlasten und damit zu mehr Lebensqualität für viele Bewohner führen

wird. Gibt es dazu entsprechende Studien?

Durch die Verbindung des Zubringers wird die Feldkircher Strasse entlastet. Wir haben heutzutage ausreichend verkehrs- und bautechnische Steuerungsinstrumente, um den Verkehr in den Wohnquartieren zu ver- oder behindern, um die Lebensqualität aufrechtzuerhalten.

Die Gegner befürchten, dass dieses kleine Strassenstück lediglich die erste Etappe einer Nordumfahrung Schaan sei und nur eine Autobahnverbindung zwischen Österreich und der Schweiz sei. Stimmt das?

Für mich ist das Argument der Nordumfahrung eine Irreführung, um neue Problemfelder zu schaffen. Jetzt ist eine direkte Anbindung der Industrie bei gleichzeitiger Entlastung der Wohngebiete geplant. Nicht mehr und nicht weniger. Nur darüber stimmen wir ab. Was künftige Generationen planen, liegt nicht in unserer Hand. Das gilt aber für viele Bereiche und kann nicht auf diesen Strassenabschnitt reduziert werden.

Von den Gegnern des Industriezubringers wird oft angeführt, dass es durch den Industriezubringer mehr Transitverkehr gäbe und man deshalb zuerst die Er-

fahrungen mit dem Grosskreislauf abwarten müsse. Wie sehen Sie das?

Ich kann für den internationalen Transitverkehr keine gestiegene Attraktivität erkennen. Unsere Herausforderung liegt primär im Ziel- und Quellverkehr Liechtensteins.

Stimmt es, dass mit dem Bau des Industriezubringers auch das Radwegenetz erweitert werden soll? Ich erachte dies als Standard, dass der Langsamverkehr gleichbedeutend in neue Projekte einbezogen wird. Auch in diesem Bereich sowie im Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurde viel erreicht.

Vordergründig handelt es sich beim Industriezubringer Schaan um ein Projekt der Gemeinde Schaan, mit dem sie sich schon seit fast 30 Jahren beschäftigt. Worin gründet nun das Interesse des Landes, diesen Industriezubringer auf den Weg zu bringen?

Hier werden zwei Landstrassen miteinander verbunden, weshalb die Zuständigkeit beim Land liegt. Das Land hat die Siedlungsbedürfnisse der Gemeinden aufzunehmen, einvernehmlich zu planen und zu entwickeln.

Die 15 Millionen Franken Baukosten sind Ihrer Meinung nach also sinnvoll investiertes Geld?

Den Kosten ist immer die erbrachte Leistung gegenüberzustellen. Sie ist im Vergleich zu Strassenbauprojekten in der Schweiz absolut wettbewerbskonform. Das Geld wird investiert und nicht verbraucht, und ist deshalb auf einen Betrachtungszeitraum von 40–50 Jahren zu verteilen. Ich hoffe, dass wir in siedlungspolitischen Fragen gleichviel Mut aufbringen wie die Toggenburger in den vergangenen Jahren, nicht so schnell und entscheidungsfreudig, aber trotzdem klar durch eine Güter- und Nutzenabwägung. Deshalb gilt es, in die Zukunft zu investieren.



Manfred Batliner spricht sich eindeutig für den Industriezubringer in Schaan aus.

FOTO PAUL TRUMMER

FBP STELLT 6-PUNKTE-PROGRAMM DER POLITISCHEN SCHWERPUNKTE FÜR DAS ERSTE HALBJAHR 2010 VOR

SCHAAN – Mit dem neuen 6-Punkte-Programm für Liechtenstein stellt die FBP ihre politischen Schwerpunktthemen für die zweite Jahreshälfte vor.

• Holger Franke

Wie gestern betont wurde, verlieren die Forderungen der Sommer-Workshops 2009 damit nicht ihre Gültigkeit, sondern werden durch die in den Winter-Workshops erarbeiteten Positionen ergänzt oder spezifiziert.

1 **Steuerreform:** Die FBP betont die grundlegende Bedeutung, dass die Steuerreform am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Aus diesem Grund wird Regierungschef Klaus Tschüscher zu zügigem Handeln aufgefordert. Ver-

langt wird eine moderne Unternehmensbesteuerung mit einheitlichem Steuersatz, um positive Anreize für den Mittelstand sowie für tätige Unternehmen und Konzerne zu schaffen. «Wir befürworten eine wettbewerbsfähige, transparente und einfache Besteuerung, bei welcher erzielte Einkommen nur einmal belastet werden», heisst es in dem Papier. Darüber hinaus wird die Abschaffung der Nachlass-, Erbanfalls- und Schenkungssteuer im Familienbereich gefordert. Steuererhöhungen lehnt die FBP ab – finanziert werden soll das Ganze durch die Öffnung des Zukunftsfonds.

2 **Personenfreizügigkeit:** Um das Wirtschaftswachstum und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu för-

dern, sollen grosszügigere Regelungen für den Zuzug von gut ausgebildeten Ausländern geschaffen werden. Für diese soll die Attraktivität gesteigert werden, in Liechtenstein ein Unternehmen zu gründen bzw. aufzubauen oder sich an bestehenden Unternehmen zu beteiligen. Die Tätigkeiten solcher Unternehmen sollten das Potenzial haben, eine hohe Wertschöpfung pro Kopf und Quadratmeter zu erzielen und ökologisch vertretbar sein.

3 **Unternehmertum:** Durch gezielten Bürokratieabbau soll die Gründung von Unternehmen vereinfacht und zeitlich beschleunigt werden. Wie die FBP festhält, erwarte man von der Regierung für mehr Betriebsansiedlungen zu sorgen. Darüber hinaus sollen gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Familienunternehmen die Übergabe eines Familienbetriebes an die nächste Generation zu erleichtern. Geht es nach dem Willen der FBP, sollen weltweit tätige Liechtensteiner Unternehmen auch im Ausland auf die Unterstützung des Landes zählen können. Aus diesem Grunde soll die Regierung den weiteren Aufbau eines Honorarkonsularwesens in Ländern mit grossem Potenzial an Wirtschaftswachstum und an für die liechtensteinische Industriebetriebe wichtigen Standorten prüfen.

4 **Finanzplatz:** «Wir fordern, dass der Regierungschef die Interessen und Bedürfnisse der Finanzintermediäre und des gesamten Finanzplatzes

Liechtenstein wieder vermehrt in das Zentrum seiner Handlungen rückt», heisst es im 6-Punkte-Programm. Abgelehnt werden weitere Steuerinformationsabkommen (TIEA), da solche Abkommen mehr die Bedürfnisse der anderen Staaten berücksichtigen würden, als jene des Wirtschaftsplatzes Liechtenstein. Stattdessen wird Regierungschef Klaus Tschüscher aufgefordert, den Schwerpunkt der Massnahmen auf den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu legen, da diese für den gesamten Wirtschaftsplatz Liechtenstein von Nutzen seien. Erneut bekräftigt wird die Forderung, dass Liechtenstein keine Amtshilfe bei Datendiebstahl leistet.

5 **Staatshaushalt:** Im Hinblick auf die Situation des Staatshaushaltes setzt die FBP weiterhin auf die Doppelstrategie des Konsolidierens und Reformierens. «Die Unterbreitung von Sparvorschlägen ist dabei eine exekutive Aufgabe, welche im Wesentlichen in der Verantwortung des Regierungschefs als Finanzminister liegt», hält die Bürgerpartei fest. Das vom Finanzminister angekündigte Sparpaket soll bis zum Frühjahr zur Behandlung in den Landtag. «Die FBP wird die Hand zur Konsolidierung des Staatshaushaltes reichen und die Sparvorschläge eingehend prüfen», heisst es in dem Papier.

Darüber hinaus wird der Regierungschef aufgefordert, Antworten auf die Fragen nach den künftigen Geschäftsfeldern des Finanzplatzes und zu den

notwendigen Rahmenbedingungen über Abkommen und gesetzliche Anpassungen zu liefern: «Immerhin gilt es enorme Einbussen im Bereich der Kapital- und Ertragssteuern zu kompensieren, wozu wir vom Regierungschef erwarten, dass seine Vorstellungen, Perspektiven und Lösungsansätze für den Finanzplatz proaktiv kommuniziert werden.»

6 **Gesundheitspolitik:** Transparenz heisst hier das Stichwort. Wie die FBP festhält, sollen jene Leistungserbringer erkannt werden, die das System zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen und damit dem Prämienzahler aber auch dem eigenen Berufsstand schaden. «Diese gehören zur Rechenschaft gezogen», heisst es wörtlich. Angekündigt wird eine Gesetzesinitiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes mit welcher die finanziellen Umsätze der Leistungserbringer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, insbesondere der Ärzteschaft, anonymisiert veröffentlicht werden können.

Zu den weiteren Forderungen gehört die Festlegung einer maximalen Kostensteigerung von 3 % im Gesundheitswesen und das Tarifmoratorium. Zudem erinnert die FBP an das geforderte Gesamtkonzept zur Finanzierung des Gesundheitssystems, das dem Landtag bis April vorgelegt werden soll. Bis dahin sollen alle möglichen Massnahmen zur Kostenreduktion im Gesundheitswesen auf deren Wirkung hin geprüft werden.



Stellten das 6-Punkte-Programm der FBP vor, von links: Albert Frick, Johannes Kaiser und Gerold Büchel.